

Frühjahr 2018



DER FUCHS

Zeitschrift des CDU-Ortsverbandes Reinickendorf-West



BUSSPUR – CHAOS VORPROGRAMMIERT?

Emine
Demirbüken-Wegner



BÜRGERBÜRO
Scharnweberstr. 118, 13405 Berlin



Hallo Reinickendorf-West, liebe Bürgerinnen und Bürger!

Haben auch Sie die Nase voll von diesem Regierungsbildungs'gewürge'? In den letzten sechs Monaten erlebten wir ein mitternächtliches „*Ich bin dann mal weg!*“, ein Weinerliches „*Keiner hat mich lieb!*“, ein „*Ich will aber andere Spielsachen!*“. Mir sagte ein Bürger auf der Straße „*Eini-gen hätte man keine Gehälter für diese Monate zahlen dürfen!*“ – Recht hat er, so fühle auch ich manchmal. Jetzt hoffen wir mal alle, dass dieses Land wieder regiert wird, gut und im Sinne der Menschen hier, zu tun gibt's sehr viel. Zu tun gab es in dieser Zeit auch sehr viel hier im Ortsteil Reinickendorf-West. Mein Redaktionsteam und ich haben sich bemüht, dieses für Sie zusammenzufassen. Sicherlich nicht ganz vollständig und sicherlich auch nicht ganz frei von Betätigungsvorlieben. In unserer Frühjahrs-Titelstory geht es um die geplante **Einführung von Busspuren auf der Scharnweber-**



straße. Zunächst soll das nach dem Willen von Linken, SPD, Grünen, FDP und AFD erst einmal nur zeitweise während der Bauarbeiten an der U-Bahn-Linie 6 geschehen. Aber es hat sich in der Diskussion dazu gezeigt, dass eigentlich der Wunsch nach einer dauerhaften Einführung den ‚politischen Willen‘ beherrscht. Ich persönlich bin mit meinem TEAM REINICKENDORF-WEST immer gegen eine solche Busspur gewesen. **Uns interessiert aber Ihre Meinung dazu!** Informieren Sie sich darüber hier im „Fuchs“ – und schicken Sie uns Ihre Auffassung dazu, per Mail, per Post, gerne auch in meiner regelmäßigen Sprechstunde oder während unserer monatlichen Strassenaktionen! **Wir freuen uns auf Ihre Ansprache!**

Ihre
Emine Demirbüken-Wegner, MdB
Chefredakteurin „Der Fuchs“

Impressum

Herausgeber:
CDU Reinickendorf-West
Oraniendamm 10-6, Aufgang D
13469 Berlin
Telefon +49 (30) 496 12 46
Telefax +49 (30) 496 30 53

Auflage -12.000 Stück-
Heft Einzelpreis -kostenlos-
Format -DIN A 5 hoch-

Redaktion:
Emine Demirbüken-Wegner
Mitarbeit (alphabetisch):
Christiane Bubert, Lisa Bubert

Subhiye Elmoursi, Michael Ermisch
Ali Fadel, Kerstin Köppen, Harald Muschner,
Heinz Schultze

Layout/Druck:
Wiesjahn Satz- und Druckservice

Kontakt zur CDU Reinickendorf-West im
Internet: www.reinickendorfwest.cdu-reinickendorf.de

Kontakt zur Wahlkreisabgeordneten
Emine Demirbüken-Wegner im Internet
www.emine-dw.de
E-Mail: buergerbuero.edw1@web.de

Mehr als 125 Jahre Segenskirche Reinickendorf



Man will es kaum glauben: Am 15. November 1892 fand die Kirchweihe der in der Auguste-Viktoria-Allee befindlichen Segenskirche statt, damals in Anwesenheit der namensgebenden Deutschen Kaiserin Auguste Viktoria. Seit dem 2. Mai 1890 bestand der Kirchenbau-Verein zur Förderung des Kirchenbaus in Berlin und seiner näheren Umgebung. Innerhalb eines Jahrzehnts entstanden etwa 50 Neubauten, einerseits um die Kirchennot zu lindern, andererseits um sakrale Repräsentationsbauten zu schaffen, an denen Berlin arm war. Der Kirchenbau-Verein finanzierte zwar die geplanten Bauvorhaben nur zum Teil, er beteiligte sich aber an der Einwerbung von Geldmitteln bei wohlhabenden Bürgern bzw. auch bei der Beschaffung von Bauplätzen. Als eine der ersten Gemeinden wurde Reinickendorf wegen seiner Kirchennot vom Kirchenbau-Verein unterstützt. Dessen erster Erfolg war die Schenkung des Grund und Bodens zur Erbauung einer Kirche nebst einem Pfarrhaus durch den Rentier Hechel aus Reinickendorf. Die Gemeinde Reinickendorf, deren Mitglieder größtenteils aus Arbeiterfamilien stammten, konnte für den Kirchenbau nur 4.000 Mark (kaufkraftbereinigt in heutiger Währung: rund 26.000 Euro) einsammeln, weitere 113.000 Mark (heute: rund 732.000

Euro) wurden vom Kaiserhaus, der Gemeinde Rosenthal und einer Wohltäterin gespendet. Der Rohbau verschlang 110.000 Mark, die Inneneinrichtung kostete 25.000 Mark und konnte erst dank weiterer Spenden finanziert werden. Am 15. Juni 1891 war die Grundsteinlegung, am 15. November 1892 die Einweihung.

Im Jahr 1939 wurde die Segenskirche umgebaut, der Altarraum erhielt drei farbige Glasfenster. Das mittlere stellte eine überlebensgroße Christusgestalt dar. Der bisherige Flügelaltar wurde in einen Altartisch umgewandelt. Die verschnörkelte Kanzel wurden herausgenommen, eine schlichte wurde dicht vor die erste Reihe der Kirchenbänke gestellt. Die Kirche brannte am 15. Februar 1944 völlig aus. Der Wiederaufbau nach historischem Vorbild der Kirche begann 1953. Der Turm erhielt drei Gussstahlglocken, die 1956 vom Bochumer Verein hergestellt wurden.“

Mit einer Andacht in der Segenskirche wurde diesem 125-jährigen Jubiläum gedacht und zugleich die Eröffnung des Jubiläumswochenendes begangen. Der Wahlkreisabgeordneten Emine Demirbüken-Wegner wurde die Ehre zuteil, das Grußwort an die versammelten Gemeindeglieder sowie haupt- und ehrenamtlich tätigen Kirchenmitglieder zu richten.



Kein Geld für Schallschutz der TXL Anwohner

Die BER-Eröffnung frühestens im Oktober 2020 führt zwangsläufig zu weiteren Ausgaben für den Schallschutz der TXL-Anwohner. Die Sondergenehmigung für den Flugbetrieb ohne weiteren Lärmschutz läuft Ende 2019 aus. Erst dann will der Senat den weiteren Schallschutzbereich festlegen. Ab 2020 könnten demnach die Betroffenen Anträge auf weiteren Schallschutz stellen.

Das BER-Drama geht mit der x-ten Terminverschiebung weiter. Ob das Eröffnungsjahr 2020 realistisch ist oder nur das nächste Wolkenkuckucksheim ist, bleibt ein weiteres Mal unklar. Die Terminverkündung lässt weiterhin drängende Fragen unbeantwortet. Nicht nur die Technikprobleme, Baumängel und Planungsfehler bleiben ungeklärt, auch die Kosten explodieren weiter ins Unermessliche. Der Wirtschaftsplan der Flughafengesellschaft ist schon heute nichts weiter als Makulatur, denn ein wichtiger Aspekt fehlt: Der nun notwendige Schallschutz der Lärmgeplagten TXL-Anwohner!

Mit der erneuten Terminverschiebung entsteht eben auch ein Rechtsanspruch auf Schallschutzmaßnahmen in Tegel – doch Rot-Rot-Grün hat im zum Jahresende beschlossenen Haushaltsgesetz 2018/2019 die Anträge abgelehnt und sieht keinen Cent für den Anwohnerschallschutz vor. Deshalb fordert die **Wahlkreisabgeordnete von Re-**

nickendorf-West, Emine Demirbüken-Wegner im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner einen sofortigen Nachtrag zum seit dem 01.01.2018 gültigen Landeshaushalt. Rot-Rot-Grün und die AFD-Fraktion haben eine beantragte Sondersitzung des Hauptausschusses abgelehnt. Damit können die finanziellen Konsequenzen des Bau- und Terminverschiebungsdesasters weder parlamentarisch besprochen noch das Rot-Rot-Grüne Schweigen durchbrochen werden. Die Betroffenen in und an den Einflugschneisen des TXL werden Opfer einer Haushalts- und Termintrickserei des Berliner Senats. Lärmschutz ist Gesundheitsschutz – und davon entfernt sich der Senat mit Überschallgeschwindigkeit!





Noch keine Klarheit über die Altlasten am TXL

Die Pläne zur Nachnutzung des Flughafengeländes in Tegel sind bekannt, nicht aber, wie stark der Boden dort mit Schadstoffen verseucht ist. Auch ist offen, ob noch Blindgänger im Untergrund lauern. „Aussagen zur Bodenbelastung können erst getroffen werden, wenn das Gelände außer Betrieb genommen und für Untersuchungen frei zugänglich ist“, antwortete **Jens Spahn** (CDU), noch als **Staatssekretär im Bundesfinanzministerium**, auf eine Anfrage im Bundestag. Kampfmittel seien auf Teilflächen entfernt worden, damit Flugzeuge gefahrlos starten und landen können, erläuterte Spahn. Bislang sei aber keine Aussage darüber möglich, ob die Flächen auch für den Bau von Wohnungen geeignet sind.

Der Flughafen Tegel soll sechs Monate nach der Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens BER in Schönefeld schließen. Die ist für Oktober 2020 geplant. Auf dem rund 460 Hektar großen Areal in Tegel sollen dann ein Forschungs- und Gewerbepark sowie Wohnhäuser errichtet werden. 159 Hektar des Geländes gehören Berlin, 302 Hektar dem Bund.

Auch im Bereich des geplanten Kurt-Schumacher-Quartier gibt es Probleme: Aus der Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf eine parlamentarische Anfrage geht hervor, dass auch die Landesregierung noch keinen Gesamtüberblick über vorhandene Bodenverunreinigungen hat. Zwar habe die Flughafengesellschaft viele Einzel-Altlasten schon beseitigt. Historische Untersuchungen und Bodenproben wiesen jedoch auch auf großflächige potenzielle Risiken hin, hieß es dort. Beim geplanten Wohngebiet Schumacher-Quartier muss demnach voraussichtlich der Boden ausgetauscht werden. Die Flughafengesellschaft hat nach eigenen Angaben etwa zwei Millionen Euro zurückgestellt, um Altlasten aus der Zeit nach 1970, dem Baubeginn des Terminals, zu beseitigen. Kosten für eine Kontamination aus der Zeit davor müsste das Land Berlin tragen. Das Areal war nach dem Zweiten Weltkrieg an vielen Stellen mit Trümmerschutt aufgefüllt worden, zuvor hatte es unter anderem als Schießplatz und Raketenübungsgelände gedient.

TXL-Nachnutzung: Schulen als Campus-Lösung

Während die Diskussion um die Folgen des Ergebnisses des TXL-Volksentscheides in der Öffentlichkeit weiter geführt wird, sind die Planungen zum möglichen Bau des ‚Kurt-Schumacher-Quartiers‘ (KSQ) in die nächste Phase getreten. Zur Erinnerung: Sollte der Senat und mit ihm die übrigen Flughafen-Gesellschafter (Land Brandenburg und der Bund) an der Schließung des Flughafens Berlin-Tegel TXL festhalten, so werden neben der Beuth-Hochschule und des Gewerbe- und Industriepark ‚Urban Tech Republic‘ auf dem TXL-Gelände bis zu 9.000 Wohnungen neu gebaut werden. Diese massive Wohnbebauung setzt in erheblichem Maße auch Investitionen in die soziale Infrastruktur voraus. Kindertagesstätten, Schulen, Jugend- und Senioren-Freizeiteinrichtungen würden elementarer Bestandteil dieses

Standortes werden. „Es ist daher immens wichtig, dass rechtzeitig bereits in der Planung die Weichen für eine moderne und flexible Schulinfrastruktur geschaffen werden!“ fordert die Wahlkreisabgeordnete und Vorsitzende des Parlamentsausschusses Bildung, Jugend und Familie, Emine Demirküken-Wegner. „Ich begrüße es daher, dass sich die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und das Bezirksamt Reinickendorf frühzeitig um eine solche zukunftsweisende Schul-Planung kümmern und mit dem Senat von Berlin eine Einigung dazu erzielt haben.“ Hintergrund ist die vom Bezirksamt an die BVV geleitete Vorlage zur Kenntnisnahme. Darin heißt es u.a.: Es ist mit dem Senat „vereinbart worden, dass die Neuplanung eines Campus für das Schumacher-Quartier aufgenommen werden soll.“



Busspuren auf der Scharnweberstraße?



Busspuren auf der Scharnweberstraße? Was für den Einen ein Alptraum, ist für den Anderen verkehrspolitischer Wunsch. So kann man die jüngste Diskussion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Reinickendorf zusammenfassen. Die BVV hat sich nun mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion dafür ausgesprochen, zumindest zeitweise Busspuren auf der Scharnweberstraße anzulegen. Doch warum? – so fragt sich der Bürger. Hier die Vorgeschichte:

Eigentlich sollte es mit der Sanierung der Autobahn 111 schon längst losgehen. Doch bisher passierte nichts. **Verkehrsstaatsekretär Jens-Holger Kirchner** (Bündnis 90/Die Grünen) teilte dem CDU-**Abgeordneten Tim-Christopher Zeelen** mit, dass die „angespannte Personalsituation in der Abteilung Tiefbau“ des Senats die ursprüngliche Planung nicht habe halten lassen. Inzwischen ist die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) zuständig, und die befindet sich laut Kirchner in der Bauvorplanung. Erste Baumaßnahmen finden „voraussichtlich nicht vor 2021“ statt. Für die 13,3 Kilometer Autobahn von der Landesgrenze bis zum Dreieck Charlottenburg sind bisher grob 750 Millionen Euro kalkuliert. Zu dem Gesamtprojekt gehören neben dem Neubau der Rudolf-Wissel-Brücke die in Reinickendorf befindlichen Tunnel Beyschlagsiedlung, Forstamt Tegel und Tegel Ortskern. Für die Umleitungen sind nach Auskunft des Staatssekretärs noch Verkehrskonzepte zu erstellen. Dafür wird es höchste Zeit, denn es droht ein weiteres Riesenproblem: Die BVG wird

ab 2020/21 die U6-Trasse zwischen Tegel und Kurt-Schumacher-Platz sanieren. Insbesondere der 1958 fertiggestellte Dammbau zwischen den Bahnhöfen Borsigwerke und Kurt-Schumacher-Platz braucht nach mehr als 60 Jahren eine Grundsanierung. Da dazu parallel lt. Senatsverkehrsverwaltung auch die Autobahn im Norden umfassend saniert werden soll, befürchten viele Bürgerinnen und Bürger einen Verkehrskollaps. Umso wichtiger ist es dann, die verbliebenen Strecken des Öffentlichen Personennahverkehrs funktionstüchtig zu halten. **Die Bauarbeiten an der U-Bahn-Trasse mit Streckensperrungen sind für die Jahre 2020 und 2021 geplant**, dazu kommt noch der Ersatzneubau der Brücke Seidelstraße sowie die Sanierung der Bahnsteige auf den Bahnhöfen Scharnweberstraße und Holzhauser Straße.

Die Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf (BVV) hat nun gegen die Stimmen der CDU-Fraktion die **Einrichtung temporärer Busspuren auf der Scharnweberstraße** (Drucksache DRS01547-XX) beschlossen. *„Grundsätzlich muss man festhalten, dass die Planung der Senatsverkehrsverwaltung, zeitgleich U-Bahn und Autobahn zu sanieren, wieder mal eine Geschichte aus dem Tollhaus ideologischer Ignoranz und planerischer Unfähigkeit ist. Ziel dieser BVV-Empfehlung soll es sein, den normalen Linienverkehr, der dann noch um den sogenannten Schienenersatzverkehr ergänzt wird, einigermaßen im Fluss zu halten. Die Diskussion in der BVV hat aber gezeigt, dass Grüne, Linke und SPD damit den Einstieg in eine dauerhafte Busspur auf der Scharnweberstraße wünschen. Meine Kolleginnen und Kollegen wie ich haben uns in der Vergangenheit immer gegen die Einführung einer dauerhaften Busspur auf der Scharnweberstraße ausgesprochen. Viele Anwohnerinnen und Anwohner haben uns darauf hingewiesen, dass solche Busspuren den Individualverkehr in die parallel verlaufenden Wohnstraßen wie Otisstraße, Quäkerstraße, Auguste-Viktoria-Al-*



lee, Zobeltitzstraße, Kienhorststraße usw. ausweichen lassen. Wir haben dort viele Kita- und Schulstandorte. Die Umweltbelastung wollen wir nicht noch weiter in die Wohngebiete transportiert wissen. Die Gewerbetreibenden auf der Scharnweberstraße sehen den Liefer- und Kundenverkehr massiv beschränkt. Etliche Parkplätze werden aus Gründen der Busbreiten verschwinden müssen. Wir fragen uns auch, ob die faktische Umleitung der Verkehre durch die Wohngebiete nicht alle Früchte des jetzt laufenden Quartiersmanagements wieder

kaputt machen wird. Dies alles fand im Entscheidungsprozess der CDU-BVV-Fraktion seine Berücksichtigung. Wir haben uns alle nach einer umfangreichen Abwägung der Risiken entschieden, hier diesen Weg der Ablehnung zu gehen.“ begründet die **stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende** im Rathaus Reinickendorf, **Kerstin Köppen**, die Entscheidung der Bezirksverordneten. „Wir befürchten für die Menschen in Reinickendorf-West, dass unsere seit mehr als 15 Jahren geäußerten Bedenken nun praktisch begründet sind.“





CDU bringt Änderung zu Gesetz ein: Wasserbetriebe sollen steigendes Grundwasser regulieren

Berlins Gebäude stehen im Nassen, die Pegel steigen. Die Wasserbetriebe sollen nun für einen ausgeglichenen Stand sorgen. Es betrifft nicht nur Flächen wie die Mäckeritzwiesen, Heiligensee, Konradshöhe und Tegelort. Auch das Zentrum der Stadt, bspw. die Museumsinsel, das Bundesratsgebäude am Leipziger Platz oder die Baustelle für die Verlängerung der Linie U5 haben ein Problem, das sie mit vielen Einfamilienhäusern teilen: Sie stehen im Berliner Urstromtal und damit im Wasser. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich durch eine rückläufige Grundwasserförderung die Situation verschärft. **Um den betroffenen Hauseigentümern zu helfen, hat die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus jetzt einen Antrag auf Änderung des Berliner Betriebe-Gesetzes eingereicht.** Damit soll das Grundwassermanagement in den Aufgabenbereich der Berliner Wasserbetriebe fallen. „Diese Aufgabenzuweisung ist erforderlich, da sich die Stadt Berlin zunehmend mit den Folgen steigenden Grundwassers auseinandersetzen muss“, so **der baupolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Gräff.** Neun Prozent der Berliner Stadtfläche mit mehr als 200.000 Einwohnern sind von ständig steigendem Grundwasser betroffen. Gräff ist sich mit seinen Reinickendorfer Kollegen **Emine Demirbükten-Wegner und Stephan Schmidt** einig: „Das Ansteigen der Wasserstände führt zu unerwünschten volkswirtschaftlichen Folgen und Grundwasserständen, die nicht gebäudeverträglich sind.“

Zur Sicherstellung stabiler Grundwasserstände sei es erforderlich, dass ein Grundwassermanagement durchgeführt werde. „Die Berliner Wasserbetriebe sind aufgrund ihrer bisherigen Aktivitäten in der Grundwasserbewirtschaftung und der daraus resultierenden Erfahrungen für die Bewäl-

tigung dieser wichtigen Aufgabe prädestiniert. Trotz des steigenden Zuzugs nach Berlin nimmt der Wasserverbrauch stetig ab, und der Grundwasserspiegel wird weiter steigen. Dabei wird das Grundwassermanagement für die gesamte Stadt ein riesiges Thema, das der Senat aus ideologischen Gründen überhaupt nicht angeht“, kritisieren die drei CDU-Politiker die rot-rot-grüne Landesregierung.

Unterdessen gibt es im Streit um den hohen Grundwasserstand in verschiedenen Berliner Einfamilienhausgebieten noch immer keine Lösung. Negativ-Beispiel ist das Neuköllner Blumenviertel: Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz hatte 2017 alle rund 4000 Haushalte in Rudow und Buckow angeschrieben. Die Anwohner wurden gefragt, ob sie bereit seien, einem Verein beizutreten, der in Eigenverantwortung die Planung, den Neubau und den Betrieb einer Regulierungsanlage für das Grundwasser beauftragen soll. Ein ähnliches Vorgehen wurde auch in den Gesprächen mit den Bewohnern der Mäckeritzwiesen zur Diskussion gestellt. Die Senatsverwaltung meint, Grundwassermanagement sei nicht Teil der Daseinsvorsorge, und es gebe keine andere rechtliche Möglichkeit, als die Aufgabe des Wasserabpumpens in Privathände zu legen. **Der Verband Deutscher Grundstücksnutzer** will im Neuköllner Fall nun prüfen lassen, ob ein Verein oder Verband solche öffentlichen Aufgaben überhaupt übernehmen darf. **Um siedlungsverträgliche Grundwasserstände müsse sich der Staat kümmern**, so der Verband. Demirbükten-Wegner und Schmidt warten gespannt auf das Prüfergebnis: „Vielleicht wird diese Expertise eine Art ‚Blaupause‘ für die künftige Argumentation gegenüber dem Senat.“



Hallo, liebe Nachbarn! Kommen Sie doch mal auf einen Sprung vorbei.

Genießen Sie mit allen Sinnen!

Frischfisch-Theke mit eigener Räucherei • Exklusives Wein-Angebot • Edle Zigarren aus dem Humidor • Sushi-Manufaktur • Käse aus eigener Herstellung • Dry-aged Beef aus dem Reifeschrank • Frische Bio-Eier aus Brandenburg • Eigene Kaffee-Rösterei • Wiener Konditorei • Café mit warmem Mittagstisch • u.v.m.

EDEKA Görse & Meichsner

zwischen Eichborndamm 77 und

Antonienstraße 34, am S-Bahnhof Eichborndamm

Öffnungszeiten Markt: Mo.–Sa., 7–22 Uhr

Öffnungszeiten Café: Mo.–Sa., 7–22 Uhr, So. 8–18 Uhr

Wir lieben Reinickendorf.





Gewerbenetzwerktreffen des QM AVA

Seit fast zwei Jahren existiert das Quartiersmanagement Auguste-Viktoria-Allee (QM AVA). Wichtiger Bestandteil der QM-Aktivitäten ist die Einbindung der im Kiez ansässigen Gewerbetreibenden über das ‚Gewerbenetzwerk QM AVA‘. Das **QM-Team** mit **Sebastian Bodach** und die Beauftragten von LOCATION:S mit **Lea Quardi** und **Torsten Wiemken** hatten zunächst eine Art ‚Nachbesprechung‘ der jüngsten Aktion zum Nikolaus 2017 vorgesehen. Knapp 200 Kinder gaben bis Ende November 2017 ihre Stiefel ab. Neben ursprünglich diese Aktion initiiierenden Gewerbetreibenden beteiligten sich 10 zusätzliche Geschäfte als Teilnehmer. Auch 2018 wird diese Aktion wieder stattfinden. Für 2018 wurde dann die Maßnahmenplanung diskutiert. Im Einzelnen sind u.a. ange-

- im Newsletter des QM wird ab sofort immer ein Gewerbetreibender vorgestellt;

- der Einmündungsbereich am Meller Bogen soll eine schönere Platzgestaltung erhalten;
- für die gemeinsame Standortvermarktung soll es in diesem Jahr eine/n Karte/Kiezplan geben, indem sämtliche Geschäfte verortet werden sollen;
- die Erstellung einer Webseite mit aktuellen Aktionen, Events und Vorstellung der Geschäfte des Netzwerkes ist in Planung;
- eine Broschüre mit ausgewählten Geschäften/Restaurants und deren Firmen/Leistungs-Portraits wird für 2019 erstellt;
- es wird ein Logo des Gewerbenetzwerks entwickelt werden.

Das Gewerbenetzwerk QM AVA wird sich künftig jeden vierten Dienstag des Monats, jeweils 19.00 Uhr, treffen. Die rotierenden Treffpunkte werden vom QM Büro rechtzeitig bekannt gegeben.

Die Soziale Stadt – Reinickendorf-West gestaltet mit

2019 wird die Soziale Stadt in Berlin mit ihrem Quartiersmanagement 20 Jahre alt. Dies

ist Anlass, gemeinsam mit der Stadtgesellschaft auf das Programm zu schauen. Ziel ist, die Möglichkeiten der Sozialen Stadt noch wirksamer für die Quartiere und die gesamte Stadt einzusetzen.

Wie passen Soziale Stadt und Wohnungsbaupolitik zusammen? Wie gelingt eine noch bessere Verzahnung zwischen gesamtstädtischer Planung und bezirklichem Handeln. Erreichen die Beteiligungsmöglichkeiten die Richtigen? Diesen und weiteren Fragen ging die im Abgeordnetenhaus von Berlin stattfindende **Quartiersräteversammlung** nach. Aus Reinickendorf-West waren zahlreiche Aktive rund um das **QM AVA** dabei, so u.a. der Bürgerdeputierte im BVV-Ausschuss für Sozialraumorientierung **Michael Ermisch**. Er unterstützte die Wahlkreisabgeordnete **Emine Demirbüken-Wegner**.



R-WEST-Unterwegs auf Rundfunktour im RBB

„R-West-Unterwegs“ ist eine regelmäßig stattfindende Exkursionstour, die die Abgeordnete Emine Demirbüken-Wegner für die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wahlkreis veranstaltet. Die Führung durch den rbb-Standort Berlin war ein spannender Ausflug in die Geschichte der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten in der Masurenallee. Und da die vom Sender begrenzte Kapazität nicht ausreichte, waren 50 Bürgerinnen und Bürger in zwei Gruppen „auf Achse“. Am rbb-Standort Berlin besuchten die Gäste Fernsehstudios, die man sonst nur vom Bildschirm zu Hause kennt. Spannend war der Arbeitsplatz der Abendschau-Moderatoren. Die redaktionellen Abläufe, bspw. die Themenfindung zur Sendung, wurden von Sender-Mitarbeitern erklärt. Die Studioteknik



von Bluebox bis Teleprompter hat schon jeder mal gehört, wie das aber funktioniert, sahen viele Bürger zum ersten Mal. Außerdem lernten die Besucher das in seiner Größe und Ausstattung historisch einzigartige „Haus des

Rundfunks“ kennen, in dem noch ein Paternoster fährt. Das Haus hat seit 1931 eine lange Geschichte, die in der Weimarer Republik, im 3. Reich und im Kalten Krieg geschrieben wurde. Für jeden Berliner ist Radiohören selbstverständlich. Aber zu sehen, wie

Radio gemacht wird, war für Viele neu. Aus Berlin senden Inforadio, Kulturradio, Fritz Radio, Antenne Brandenburg und natürlich radioBERLIN 88,8. Beim Besuch ergab sich die seltene Chance, dem **Moderator Alexander Schurig** bei der Nachmittagsmoderation im Studio live zuzusehen.

Keine Bürgerbeteiligung bei KaBoN-Bebauung?

Das Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Heilstätten (KaBoN) steht im Wesentlichen unter Denkmalschutz. Dennoch können auch hier neue Wohnungen entstehen. Hierzu entwickelt **Bezirksbürgermeister Frank Balzer** (CDU) Konzepte und plant die Schaffung von Bauplanungsrecht. Hierbei ist eine Bürgerbeteiligung zwingend vorgeschrieben. Dies sollte nach Auffassung der Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf (BVV) auch nochmals durch einen Beschluss der BVV bekräftigt werden (Drucksache 0698-XX und 0713-XX). Bei der ersten Beratung der entsprechenden Anträge im Ausschuss Sozialraumorientierung wurden diese teilweise

mit präzisierenden Änderungen mehrheitlich beschlossen. Jedoch haben in der Abstimmung die Vertreter der Linken und der FDP eine solche Bürgerbeteiligung abgelehnt. SPD und Grüne enthielten sich. Bei dem im Sozialausschuss tätigen **Bürgerdeputierten Michael Ermisch** verursacht dies nur Kopfschütteln: „Das verstehe, wer will! FDP und Linke, die immer dafür Werbung machen, wie sehr sie sich für die Bürgerbeteiligung einsetzen, stellen sich hier gegen eine solche Bürgerbeteiligung. Die Stimmenthaltungen der SPD und der Grünen sind eigentlich noch skandalöser! Mit den Enthaltungen wird ausgedrückt, keine Meinung zu haben! Ich frage mich, warum die da eigentlich sitzen!“



Wiedereröffnung Cafe Mirage

Seit dem Spätsommer 2017 war es unter dicken Bauplänen und Putzstaub ‚verschwunden‘, das beliebte „**Cafe Mirage**“ an der Scharnweberstraße Ecke Engelmannweg! Die ‚Charlottenburger Baugenossenschaft‘ nahm umfangreiche aber mieterverträgliche Modernisierungen im Quartier vor. Dazu zählten dann auch eine neue Fassade im Wohnungsblock aus den 1920er Jahren! Der bisherige Betreiber des „Cafe Mirage“ wollte die ‚Durststrecke‘ der Schließung nicht mitmachen und gab den Standort auf. Die Eheleute **Serkan und Reyhan Düzgün** nutzten die Gelegenheit und mieteten die Ge-

schäftsräume neu an. Sie sind ‚alte Bekannte‘ im Kiez, betrieben sie doch sehr erfolgreich jahrelang das Eiscafe ‚Goldene Krone‘ vis-à-vis in der Scharnweberstraße 100. Das Bürogebäude wird derzeit entmietet, um es u.a. auch einer Hostelverwendung zuzuführen. „Der Name ‚Cafe Mirage‘ ist hier ein Qualitätsbegriff. Also war für uns klar, diesen Traditionsnamen weiterzuführen!“ kommentiert das Ehepaar den Wechsel. Angeboten werden selbst gebackene Teigwaren, ein reichhaltiges Frühstück, warme Suppen und vielfältige Kuchen. Das ‚Cafe Mirage‘ ist von 5.30-18.00 h geöffnet.

Neues Restaurant ‚DELIYA‘ am Kurt-Schumacher-Platz

Sadiper Sadrak führt seit 12 Jahren erfolgreich am Kurt-Schumacher-Platz den Damenfriseur ML-Cut. Vor gut einem Jahr wechselte die Unternehmerin, die mittlerweile auch ihre Kinder Damla und Safak im Geschäft hat, die Strassenseite. Anwohnerinnen und Anwohner fragten sich, was denn nun aus dem lukrativen Eckladen werden wird. Lange waren die Fenster sichtsicht verschlossen. Man ahnte Umbauarbeiten, aber was sollte dort entstehen? Zum Jahresende dann die Ankündigung, dass ein Restaurant seinen

Platz dort finden wird. Nun ist das Geschäft eröffnet! DELIYA heißt es... und wird von einer ‚alten‘ Bekannten betrieben, nämlich von Sadiper Sadrak. In sehr gemütlicher und geschmackvoll eingerichteter Atmosphäre kann man hier jeden Tag von 7.00 bis 20.00 Uhr sowohl eine Kleinigkeit als auch Deftiges zu sich nehmen. Für Zeitnot-gestresste Kunden gibt es einen separaten Bäcker mit ‚Coffee-to-go‘-Bereich. Angeboten werden leckere Teigwaren, das Meiste davon ist selbstgemacht.

dialogP – an der Max-Beckmann-Oberschule

dialogP ist ein Schulprojekt zur politischen Bildung und möchte Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, mit den Berliner Parlamentariern gemeinsam in den Dialog zu treten und über aktuelle politische Themen zu diskutieren.

Die Jugendlichen werden in den Schulen auf die Dialogveranstaltung inhaltlich und methodisch vorbereitet, um so eine Begegnung ‚auf Augenhöhe‘ zu fördern, verschiedene Standpunkte zu einem Thema herauszuarbeiten und Hemmungen abzubauen. So möchte dialogP Brücken bauen zwischen Jugend und Politik und gegenseitige Vorbe-

halte abbauen.

Die Wahlkreisabgeordnete von Reinickendorf-West, **Emine Demirbükten-Wegner** brachte sich mitten in ihrem Wahlkreis an der **Max-Beckmann-Oberschule (MBO)** in die spannenden Diskussionen mit fünf Themenfeldern wie bspw. Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder TXL-Zukunft ein. Sie konnte unter der Leitung der **Moderatorinnen Elena Natili und Melike Ertürk**, beides Schülerinnen an der MBO eine sehr lebendige und konstruktive Atmosphäre erleben und interessante Anregungen für Ihre politische Arbeit mitnehmen werden.

P&R: Senat lässt Menschen in Reinickendorf im Stich

Der Reinickendorfer **Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel** und die **Wahlkreisabgeordnete** von Reinickendorf-West, **Emine Demirbüken-Wegner** (beide CDU) sind entsetzt über die verkehrspolitische Ignoranz und das Versagen der Mehrheit im Abgeordnetenhaus von Berlin: „Im Verkehrsausschuss des Abgeordnetenhauses haben die rot-rot-grüne Koalition sowie FDP und AfD den Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt, die B-Tarifzone im ÖPNV auf die ersten Bahnhöfe auf Brandenburger Gebiet auszudehnen. Wir kritisieren diese Entscheidung scharf. Der Senat lässt damit die Menschen in den Außenbezirken abermals im Stich. Die Menschen in Reinickendorf müssen dringend vom Pendlerverkehr entlastet werden. Der Parkdruck bspw. an den

Bahnhöfen Holzhauser-, Otis- und Scharnweberstraße wie am Kurt-Schumacher-Platz ist morgens immens groß, für Anwohner und Geschäftsleute eine extreme Belastung. Es ist wichtig, neben der Ausweitung der günstigeren B-Tarifzone und einer Taktverdichtung ein Ausbau von P&R-Flächen im Umland vorzunehmen. Diese Vorhaben stocken komplett. Das rot-rot regierte Brandenburg lässt die Kommunen im Umland im Stich!“. Demirbüken-Wegner: „Berlin interessiert das Thema überhaupt nicht. Die Berliner Landesregierung muss alles tun, um weiter die Attraktivität des ÖPNV zu steigern. Schließlich endet Berlin nicht am S-Bahnring. Wir erwarten vom Berliner Senat Lösungen zur raschen Entlastung der betroffenen Anwohner.“

Vorleseetag mit Emine Demirbüken-Wegner





Emine Demirbüken-Wegner: „Wir brauchen endlich ein Sprinter-Paket für Schulsanierung und Schulneubau!“

Die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung Jugend und Familie **Emine Demirbüken-Wegner (CDU)** und der schulpolitische Sprecher der CDU-Reinickendorf **Harald Muschner** fordern zusammen mit der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin ein sogenanntes Sprinterpaket für die Schulsanierung und den Schulneubau in Berlin. „Berlin steht im Schulbereich vor gewaltigen organisatorischen Herausforderungen! Es müssen nicht nur bis zum Jahr 2025 Schulplätze für rund 85.000 Schüler geschaffen, sondern auch der über Jahrzehnte hinweg ignorierte Sanierungsstau bei Schulgebäuden ohne Zeitverzug behoben werden. Mit zeitaufwändigen Planungs- und Genehmigungsverfahren, personell unter ausgesetzten Behörden und ineffizienten Regelwerken ist diese Mammutaufgabe nicht zu bewerkstelligen.“

Im CDU-Antrag heißt es dazu: „Der Abbau des Sanierungsstaus und schneller Neubau von Schulen sind für die Zukunftsfähigkeit Berlins

von überragender Bedeutung. Nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten kann diese Aufgabe bewältigt werden. Die mit den Bezirken gefundene Lösung zur Schaffung von Synergieeffekten mithilfe von Regionalgeschäftsstellen kann ein Weg sein. Den Bezirken als Schulträgern kommt dabei eine zentrale Rolle zu, der sie nur gerecht werden können, wenn sie durch eine zeitnah umgesetzte und dauerhaft wirkende Verbesserung der Rahmenbedingungen und der personellen Ausstattung hierzu in die Lage versetzt werden.“

Die CDU-Fraktion fordert eine grundlegende und beständige Steigerung der Effizienz des Berliner Schulbaus. **Harald Muschner:** „Der Senat wird aufgefordert, bis zum 01.05.2018 ein dauerhaft funktionierendes Konzept vorzulegen, in dem die zur Umsetzung der formulierten Eckpunkte verbindlichen Schritte gesetzlicher und untergesetzlicher Art benannt und festgelegt sowie entsprechende Vorschläge für erforderliche Rechtsänderungen auf Landesebene für das Sprinter-Paket Schulsanierung und Schulneubau konkretisiert werden. Die Eckpunkt lauten im Einzelnen:

1. Kennziffersystem für Personalausstattung einführen, bezirkliche Bau- und Schulämter nachhaltig und nachvollziehbar angemessen personell und qualitativ ausstatten
2. Attraktivität der Bezirke als Arbeitgeber stärken
3. Klares Rollenverständnis durch klare Zuständigkeitsregelungen schaffen
4. Einheitliche und verbindliche Baustandards einführen
5. Ausschreibungsfristen verkürzen, Regelwerke entschlacken sowie Bau und Planungsprozesse entbürokratisieren
6. Bedingungslose Übertragbarkeit der Mittel zulassen
7. Abschlagszahlungen für die Handwerksbetriebe ermöglichen sowie Prämiem für schnelles Bauen gewähren“





Die Bedeutung von Ostern

Das Osterfest gilt als das erste unter den christlichen Festen und wird hochfeierlich begangen. Es beginnt mit der Auferstehung Jesu Christi am Ostersonntag und endet am Pfingstsonntag, dauert also 50 Tage lang. Die 40-tägige Vorbereitung auf dieses große Fest beginnt am Aschermittwoch.

Der Aschermittwoch ist der erste Tag der 40-tägigen Vorbereitungszeit auf das Fest der Auferstehung Jesu Christi von den Toten. Er ist der Beginn der öffentlichen (österlichen) Buße. Diese Zeit wird auch Fastenzeit oder im kirchlichen Passionszeit genannt. Sie beginnt mit dem Aschermittwoch und endet am Karsamstag. Die 40 Tage der Passionszeit gehen auf die 40-tägige Fasten- und Gebetszeit von Jesus Christus nach der Taufe im Jordan zurück. Die Zahl 40 kommt noch in vielen anderen Bibeltexten vor. So verbringt Moses 40 Tage auf dem Berg Sinai, der Prophet Elia wandert 40 Tage durch die Wüste und das Volk von Israel verbrachte 40 Jahre in der Wüste.

Die letzte Woche vor Ostersonntag wird Karwoche genannt. Sie ist die Kernzeit der österlichen Passionszeit und für Christen die wichtigste Woche des Kirchenjahres. Das Wort Kar stammt vom althochdeutschen Wort "chara" oder "kara" und bedeutet Kummer, Trauer, sich sorgen, klagen. Daher wird die Woche vor Ostern auch Karwoche genannt. Zu den Feiertagen der Karwoche gehören: Palmsonntag, Gründonnerstag, Karfreitag, Karsamstag, auch Ostersonntag genannt.

Der Karfreitag ist der Todestag, die Kreuzigung, von Jesus Christus. Am Karsamstag endet die Fastenzeit (Passionszeit).

Der Ostersonntag ist der bedeutsamste Tag der gesamten Osterfeiertage, denn an diesem Tag freut sich die christliche Gemeinde über die Auferstehung von Jesus Christus. Damit wird aus der Hoffnungslosigkeit der Kreuzigung Jesu Christi wieder ein Ziel gegeben. Die Auferstehung gibt den Gläubigen

wieder Hoffnung auf Leben.

In der katholischen Kirche steht der Ostermontag als zweiter Feiertag ganz im Zeichen des Osterfestes. In der Geschichte sind zwei Jünger am 3. Tag nach der Kreuzigung Jesu (also am Ostermontag) aus Jerusalem fortgegangen, um wieder nach Emmaus zurück zu kehren. Auf diesem Weg schließt sich ihnen ein dritter, unbekannter Mann an. Dieser hinterfragt die Trauer der beiden Heimkehrer und er erläutert ihnen, dass der Messias all das erleiden musste, wie es die alten Schriften vorhergesagt hatten. In Emmaus angekommen, laden die Jünger den Unbekannten zum Essen ein. Dieser bricht am Tisch das Brot und in diesem Moment erkennen die Jünger den auferstandenen Jesus Christus, der dann aber vor ihren Augen verschwindet. Sie kehren sofort wieder nach Jerusalem zurück und erzählen allen Jüngern von ihrem Erlebnis. Der Ostermontag ist in Deutschland ein gesetzlicher Feiertag.

Der Fuchs wünscht
**Frohe
Ostern!**

Emine

Demirbüken-Wegner



BÜRGERBÜRO

Scharnweberstr. 118, 13405 Berlin